

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 8. April 1960

Blatt 599

Reichgedeckter Ostertisch der Wiener

=====

8. April (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, wird der Lebensmittelmarkt zu den bevorstehenden Osterfeiertagen wieder gut beschickt sein und reiche Auswahl bieten.

So sind mehr als 100 Tonnen Karpfen aus der CSR und aus Ungarn eingelangt. Auch Hechte, Welse und Schleien sind genügend vorhanden. An gefrorener Ware lagern bereits 100 Tonnen Kabeljau- und Rotbarschfilets. Weitere Importe von 140 Tonnen frischen Seefischen stehen zur Verfügung.

Auch an Geflügel wird das Angebot reichlich sein. Neben der Inlandaufbringung werden rund 200 Tonnen Poulards, Jung- und Suppenhühner sowie 100 Tonnen Enten aus Holland und weitere 50 Tonnen Geflügel aus Dänemark und Ungarn erwartet.

Rindfleisch, Schweinefleisch, Selchwaren, Kitze und Lämmer werden in ausreichendem Maße auf den Markt gebracht. Die Anlieferung von Kälbern ist schwächer.

Die Inlandaufbringung von Frischeiern wird zusammen mit 60 Waggons importierter Frischware die gesteigerte Nachfrage befriedigen.

Auch Gemüse ist in ausreichenden Mengen auf dem Markte. Der vermehrte Bedarf an Spinat am Gründonnerstag ist durch die Inlandzufuhren hinreichend gedeckt. Das noch unbedeutende Angebot an inländischem Glashaussalat wird durch ein größeres Kontingent von 500 Tonnen Salat aus Italien wertvoll ergänzt. Auch italienische "Heurige" werden unseren Feiertagstisch bereichern.

Die Versorgung des Marktes mit Äpfeln aus dem Inland, hauptsächlich aber italienischer und auch amerikanischer Herkunft, ist gesichert. Agrumen werden ebenfalls in ausreichendem Maße zugeführt. Die bereits weniger haltbaren italienischen Orangen werden in zunehmendem Maße durch Jaffa-Orangen ersetzt. Wie aus der reichlichen Beschickung des Marktes zu ersehen ist, wird im allgemeinen mit Preisänderungen nicht zu rechnen sein.

- - -

Bürgermeister Jonas überreichte Ehrenzeichen der Republik
=====

8. April (RK) Heute früh hat Bürgermeister Jonas an die Ärzte Prof. Dr. August Matras und Prof. Dr. Friedrich Starlinger, an Obermagistratsrat i.R. Leopold Strasser sowie an die Bediensteten der Wiener Stadtwerke Friedrich Hufnagel und Anton Nedwed die ihnen vom Bundespräsidenten für Verdienste um die Republik Österreich verliehenen Ehrenzeichen überreicht. Seitens des Wiener Stadtsenates wohnten dem feierlichen Akt die Stadträte Dr. Glück, Riemer und Schwaiger sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl bei.

- - -

Am Karfreitag keine Beratungsstunden
=====

8. April (RK) Die Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23, hält am Karfreitag, dem 15. April, keine Beratungsstunden ab. Die Beratungen am Dienstag, dem 12. April, und am Dienstag, dem 19. April, finden statt.

- - -

Einseitige Befahrung der Stadionbrücke
=====

8. April (RK) Wegen Instandsetzungsarbeiten an einem Hauptversorgungsstrang der Wiener Stadtwerke - Gaswerke ist die Stadionbrücke vom 11. April bis voraussichtlich 23. April in der Fahrtrichtung vom 3. zum 2. Bezirk nur einseitig befahrbar.

- - -

Die 100. Sitzung des Wiener Landtages seit 1945
=====

8. April (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek (SPÖ) trat heute der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Vor Eingang in die Tagesordnung stellte Präsident Marek fest, daß es die 100. Landtagssitzung seit 1945 ist.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, eine Gesetzesvorlage, betreffend die Zuleitung und Abgabe von Wasser, das sogenannte Wasserversorgungsgesetz 1960, referierte Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ). Der Referent verweist darauf, daß die letzte Novellierung des Wasserversorgungsgesetzes 1947 im Jahre 1951 erfolgt ist. Das Gesetz entspricht nun in vieler Hinsicht nicht mehr den inzwischen eingetretenen technischen und wirtschaftlichen Veränderungen. Das Wasser wird heute nicht mehr bloß aus den im Wasserversorgungsgesetz 1947 angeführten Wasserleitungen, nämlich aus der I. und II. Hochquellenwasserleitung, der Albertinischen Wasserleitung und der Wientalwasserleitung, bezogen, sondern auch aus der Laudon'schen Wasserleitung und aus Grundwasservorkommen in Wien, Niederösterreich und der Steiermark. Ein Teil des 23. Bezirkes wird vom Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden mit Wasser versorgt. Der Unterschied der Wassergebühren ist hier beträchtlich. Mit dem Inkrafttreten des neuen Wasserversorgungsgesetzes sollen auch die letztgenannten Wasserabnehmer das Wasser von der Stadt Wien zu den gleichen Gebühren wie die übrigen Abnehmer erhalten. Aus allen diesen Gründen wurde der vorliegende Entwurf eines neuen Wasserversorgungsgesetzes ausgearbeitet. Dieser Entwurf beinhaltet den Anwendungsbereich, den Anschlußzwang, die Rechte und Pflichten der Wasserabnehmer, verschiedene Vorschriften, Strafbestimmungen usw. Die Gebühren für die Benutzung der Wasserversorgungsanlagen, das sind die Wasserbezugsgebühren und die Wasserzählergebühren, müssen jedoch in einer vom Gemeinderat zu beschließenden Wassergebührenordnung festgesetzt werden. Das kann aber erst nach Verlautbarung des heute zu beschließenden Gesetzes erfolgen.

Abg. Peter (FPÖ) stellt fest, daß man der Schaffung eines Gesetzes in der heute in den gesetzgebenden Körperschaften gehandhabten Form sehr skeptisch gegenüberstehen müsse. Werden doch die Gesetzesvorlagen fix und fertig zur Beschlußfassung vorgelegt und eine Debatte über diese Vorlage bringe meistens keine Änderung des Entwurfes, selbst wenn wirklich stichhältige Dinge aufgezeigt werden. Das vorliegende Gesetz weise in der Formulierung große Mängel auf und gebe Anlaß zu vielen Unklarheiten. So ist in einem Paragraphen das Recht des Wasserabnehmers auf Belieferung mit gesundheitlich einwandfreiem Wasser angeführt, im nächsten Satz aber kann man lesen, daß kein Anspruch auf bestimmte Wasserbeschaffenheit und bestimmten Betriebsdruck besteht. Es müsse daher der Eindruck bei der Bevölkerung entstehen, daß sich die Stadt von einer zuerst gegebenen Verpflichtung heraushalten will. Unter anderem seien auch einige Formulierungen bezüglich der Herstellung von Abzweigungen unklar. Ebenso unklar sei es, was man unter "sofort" versteht und unter einem "übermäßigen" Wasserbezug. Eine bessere Formulierung wäre in manchen Punkten notwendig gewesen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik stellt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des Abg. Peter fest, daß die Gesetze alle vor Beschlußfassung gründlich und sachlich überarbeitet und bei berechtigten Einwänden auch revidiert werden. Wünsche man aber eine Abänderung, dann müsse man entsprechende Anträge einbringen. Zu der Einwendung wegen bestimmter Wasserbeschaffenheit ist zu sagen, daß die Gesetzesformulierung aus dem Grunde so erfolgen mußte, weil schließlich jemand verlangen könnte, er möchte kein chloriertes Wasser haben. Der Referent klärt noch einige von Abg. Peter beanstandete Punkte der Vorlage auf und stellt fest, daß ein großer Teil der Bestimmungen des Gesetzes seit mehr als vierzig Jahren in Kraft ist und sich durchaus bewährt hat.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

8. April (RK) Im Anschluß an den Landtag eröffnete Bürgermeister Jonas die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Es wurden elf Anfragen eingebracht, davon drei von der ÖVP, drei von der FPÖ und fünf von den KLS.

Die KLS haben weiter vier Anträge eingebracht, und zwar betreffend "Gehaltsnachziehung und Erhöhung der Anfangsbezüge", "gerechte Einstufung der Fürsorgerinnen und die Sicherung ihrer Gehaltszulagen", "Erhöhung der Versorgungsgenüsse für die Hinterbliebenen der Opfer des Faschismus" und "Entlastung der Fürsorgeräte von Sammlungen".

Die Gemeinderäte Nora Hiltl, Weinberger und Genossen haben eine Anfrage, betreffend die Einladung Ilja Ehrenburgs zu den "Europagesprächen 1960" an den Stadtrat der Geschäftsgruppe III gerichtet und die Verlesung sowie Besprechung in dieser Sitzung verlangt. Über dieses Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Wahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Gemeinderat wählt Stadtrat a.D. Dkfm. Richard Nathschläger und GR. Dkfm. Dr. Erich Ebert.

Tandler-Medaille für Verdienste um die Menschlichkeit

Hierauf referiert Vizebürgermeister Mandl über die Stiftung einer "Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille der Stadt Wien". Wie der Berichterstatter ausführt, soll damit eine Lücke im System der Auszeichnungen und Ehrungen, die die Gemeinde Wien zu vergeben hat, geschlossen werden. Die Medaille soll an Personen verliehen werden, die sich auf sozialem Gebiet Verdienste erworben haben, oder - wie es in der Umschrift dieser Medaille heißt - "für Verdienste um die Menschlichkeit". Die Medaille wird in drei Graden verliehen, in Bronze, Silber und Gold. Wie der Berichterstatter hervorhebt, soll mit dieser Auszeichnung gleichzeitig der Versuch unternommen werden, das Andenken an Prof. Dr. Julius Tandler, den Reformator der Fürsorge

und Schöpfer neuer fürsorgerischer Ideen, wachzuhalten.

GR. Lauscher (KLS) begrüßt die Stiftung dieser Medaille als einen Beitrag zur Würdigung Prof. Tandlers. Er bezeichnet die 1918 erfolgte Berufung Prof. Tandlers an die Spitze des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens als einen guten Griff, und stellt fest, daß er hier praktische Medizin im großen Stil betreiben konnte. Der Redner schildert die Tätigkeit Prof. Tandlers und erklärt, das wichtigste war, daß Tandler den Geist der Verantwortung und des Pflichtgefühls in die Fürsorge und den Gesundheitsdienst eingeführt hat.

Das Jahr 1934, die Zerschlagung der Demokratie durch den Austrofaschismus, brachte seiner erfolgreichen Tätigkeit ein jähes Ende. Er hätte es nicht schwer gehabt, neue Arbeitsstätten in der Welt zu finden. Für den Sozialhygieniker gab es aber nur ein Land in der Welt, das für ihn in Betracht kam: die Sowjetunion. Dort gab es die Möglichkeit, frei und schöpferisch neue Methoden anzuwenden.

Wenn heute die ÖVP durch ihren Sprecher zum Ausdruck bringen wird, daß sie die Stiftung dieser Medaille ablehnt, so ist das nur der Ausdruck der reaktionären Gesinnung der ÖVP. Wir wünschen und hoffen, daß die Stiftung dieser Medaille dazu beitragen wird, den Geist Tandlers in unserer Stadt, in unserem Wohlfahrtswesen und Gesundheitsdienst lebendig zu erhalten.

GR. Bittner (ÖVP) hält es für richtig, eine Medaille für Leistungen auf sozialem Gebiet zu schaffen. Die ÖVP sei in keiner Weise dagegen, das Andenken Prof. Tandlers zu bewahren. Sie ist aber der Meinung, daß es bei dieser Medaille nicht um die Ehrung Prof. Tandlers geht, sondern um die Ehrung jener Menschen, die sich auf sozialem Gebiete Verdienste erworben haben, und daß daher diese Medaille nicht diesem Zweck entspricht. Wir glauben, sagte der Redner, daß Tandler hier als Aushängeschild einer bestimmten politischen Richtung zu werten ist. Man soll mit einer Medaille, die Menschen ehren soll, nicht Propaganda für eine ganz bestimmte politische Richtung betreiben (Zustimmung bei der ÖVP). Weil in diesem Fall die Voraussetzung einer unparteiischen, neutralen Ehrung nicht

gegeben ist, sind wir nicht in der Lage, der Einführung dieser Medaille in der vorgelegten Form zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt, zur ÖVP gewandt: Der Beifall, den Sie der durch Ihren Sprecher gegebenen Begründung gezollt haben, ehrt Sie nicht!

Der Redner legt dann die Ansichten Prof. Tandlers über die Fürsorge dar, er schildert seine Absage an die "Wohltäterei" und sein Bekenntnis zur Fürsorge, das in der Feststellung gipfelt, daß jeder in einem Gemeinwesen lebender Mensch ein Recht auf Fürsorge und die Allgemeinheit die Pflicht zur Fürsorge hat.

GR. Dr. Stemmer zeichnet dann den Lebensweg Tandlers, der ursprünglich kein Sozialist war und erst durch den Kontakt mit seiner Arbeit den Weg zum Sozialismus gefunden hat. Seine grundsätzliche Auffassung über die Einstellung der Fürsorge zum Notleidenden war so innig mit dem sozialistischen Gedankengut verbunden, daß dieser Schritt nur eine selbstverständliche Konsequenz war. Es ist nicht zu verstehen, daß sich jemand in seiner Ehre gekränkt fühlen sollte, wenn er als Ehrung eine Medaille bekommt, die das Porträt jenes Menschen trägt, der aus der Wohltäterei des vergangenen Jahrhunderts die Fürsorge unseres Jahrhunderts gemacht hat. Das Andenken Tandlers kann nicht durch eine kleine Medaille, ein Denkmal usw. geehrt werden, es ist geehrt durch die Kinder, die durch seine Fürsorge gesund herangewachsen sind, durch die Menschen, die heute nicht mehr von der Gefahr der Tuberkulose bedroht sind, durch die Beseitigung der Geschlechtskrankheiten und seine ersten erfolgreichen Bemühungen auf dem Gebiete der Krebsbekämpfung. Tandler war es, der im Kinderheim Wilhelminenberg einen Spruch an die Wand malen ließ: Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder! (Beifall bei Sozialisten.) Das ist der Geist, aus dem heraus Prof. Tandler nicht erst 1934, sondern bereits 1932 in ferne Länder, nach China, Japan und auch nach Rußland berufen worden ist.

GR. Dr. Stemmer erinnert schließlich daran, daß auch andere Auszeichnungen die Namen bekannter Persönlichkeiten tragen, so der Nobel-Preis, der Iffland-Ring oder die Kainz-Medaille, und erklärt: Große Männer sind nicht allzu häufig. Indem wir sie ehren, ehren wir auch uns, und darum werden wir dieser Vorlage zustimmen! (Beifall bei den Sozialisten).

GR. Doz. Dr. Gisel (SPÖ) führt aus, als letzter Schüler Tandlers wolle er in dieser Situation für seinen Lehrer sprechen. Tandler kam, wie hier schon gesagt, aus kleinen Verhältnissen. Die steile Karriere, die er erlebt hat, ließ ihn jedoch nicht vergessen, was einmal war. So ist es kein Zufall, daß er mitten im Krieg im Jahre 1916 einen vielbeachteten Vortrag hielt über die voraussichtlichen Auswirkungen der Kriegsfolgen an der Bevölkerung. Damals war er noch kein Sozialdemokrat. Dieser Vortrag schien manchen Leuten sehr gefährlich zu sein und Tandler mußte sogar zum Kaiser. Der aber fand den Vortrag durchaus nicht gefährlich und bot Tandler an, kaiserlicher Minister zu werden, was er jedoch ablehnte. Zwei Jahre später stellte er sein Wissen der provisorischen Regierung zur Verfügung.

Der Redner verwies auch auf das große Ansehen Tandlers in der Welt. Es gibt keine bessere Legitimation für jemanden, der in das Ausland geht, als wenn er sich als Mitarbeiter oder Schüler Tandlers vorstellt. GR. Dr. Gisel ersuchte daher die ÖVP, ihren Entschluß noch einmal zu überprüfen. Er könne sich nicht vorstellen, daß sich die Volkspartei von der Ehrung Tandlers distanzieren wolle (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Mandl meint in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des ÖVP-Redners, er könne sich vorstellen, daß die Volkspartei aus grundsätzlichen Erwägungen eine Ehrung ablehnt, die mit einem Namen verbunden ist. Das wäre ein Standpunkt, den die ÖVP jedoch nicht eingenommen hat, als es sich um die Kainz-Medaille handelte (Zwischenrufe bei der ÖVP: "Der ist ja kein Politiker!") Wenn sie sich nun dagegen wehren, sagte der Vizebürgermeister, daß man den Namen des großen Sozialreformers mit einer Auszeichnung verbindet, dann sind sie irkonsequent oder sie tun es nur deshalb nicht, weil Tandler ein Sozialist war.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und der KLS angenommen. Die FPÖ war bei der Abstimmung im Saal nicht anwesend.

Schon 350 Millionen Darlehen für Hausinstandsetzungen

Vizebürgermeister Slavik referiert hierauf einen Antrag, den Gesamtbetrag für zinsfreie Darlehen zur Instandhaltung von Mietwohnhäusern und für die Herstellung von Kanälen auf

350 Millionen Schilling zu erhöhen. Der Referent erinnerte daran, daß der Wiener Gemeinderat 1954 diese Aktion mit einem Rahmen von 30 Millionen Schilling beschlossen hat. In wiederholten Beschlüssen mußte der Rahmen immer weiter gesteckt werden, weil sich die Aktion gut bewährte. Zuletzt wurde der Rahmen auf 300 Millionen erhöht, doch stehen derzeit wieder nur mehr 100.000 Schilling zur Verfügung, sodaß heute eine weitere Ausdehnung notwendig ist.

GR. Hausner (KLS) tritt für eine Verlängerung der Rückzahlungsdauer ein, um die Belastung der Mieter zu verringern und beschäftigt sich dann mit der Erhöhung der Mietzinse, die angeblich in Geheimverhandlungen besprochen werden soll.

Vizebürgermeister Slavik weist in seinem Schlußwort die Ausführungen des Debattenredners scharf zurück. Man sollte die Immunität nicht dazu benutzen, wissentlich falsche Behauptungen aufzustellen. Er versichert, daß es keine Geheimverhandlungen gibt und auch in der Vergangenheit nicht gegeben hat.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Zinsenlose Kredite für Gast- und Kaffeehäuser

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert hierauf über zwei weitere Kreditaktionen. Bei der einen handelt es sich um eine Kreditaktion der Stadt Wien für fremdenverkehrsfördernde Investitionen in Gast- und Schankbetrieben, Kaffeehäusern und Beherbergungsbetrieben. Die Höhe der Kredite beträgt mindestens 10.000 und höchstens 100.000 Schilling. 20 Prozent sind als Eigenkapital aufzubringen. Die Kredite werden über die Zentralsparkasse abgewickelt; für den halben Kredit übernimmt die Stadt Wien die Bürgschaft; die Rückzahlung muß in zehn Jahren erfolgen. Die Kredite werden ohne Zinsen gewährt, deshalb stellt die Stadt Wien der Zentralsparkasse eine zinsenlose Einlage bis zu einem Höchstbetrag von 20 Millionen Schilling zur Verfügung.

Bei der zweiten Aktion handelt es sich um die Erhöhung des Kreditrahmens für Investitionskredite an gewerbliche Betriebe in Wien. Bisher standen 40 Millionen zur Verfügung; der Antrag sieht eine Erhöhung um 20 Millionen vor. Diese Kredite werden zu einem Zinssatz von vier Prozent vergeben.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) begrüßt die neue Kreditaktion und hebt besonders hervor, daß zum ersten Male ein Kredit ohne Verzinsung in Anspruch genommen werden kann. Für Beherbergungsbetriebe wird die Aktion allerdings kaum in Frage kommen, da selbst um den Höchstbetrag kaum mehr als zwei neue Badezimmer errichtet werden können. Die Aktion wird sich jedoch sicher sehr gut für Gast- und Kaffeehäuser bewähren. Da es 6.500 Betriebe dieser Art gibt und bei Inanspruchnahme des Höchstbetrages nur 200 Kreditwerber befriedigt werden können, ersucht der Redner jetzt schon, eine Erhöhung des Kreditrahmens vorzusehen.

Abschließend erinnert der Redner daran, daß bereits vor Jahren beim Beschluß des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes die ÖVP die Forderung nach günstigen Krediten für Fremdenverkehrsbetriebe gestellt hat. Später wurden auch zwei Anträge eingebracht, die jedoch beide im Finanzausschuß abgelehnt worden sind. Nun aber wurde innerhalb von zwei Tagen ein solcher Antrag ausgearbeitet. Vielleicht hänge dies damit zusammen, daß in einhalb Monaten die Kammerwahlen abgehalten werden. Unter diesen Umständen könne man sich nur wünschen, daß die Kammern öfter wählen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Maria Hirschler (SPÖ) sagt, sie finde es merkwürdig, bei dieser Kreditaktion von einem Wahlzuckerl zu sprechen. Man müsse sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie seinerzeit von den sogenannten Wahlwindeln gesprochen wurde. Diese "Wahlwindeln" haben sich aber nicht nur in der Stadt Wien gut bewährt, sie haben fast in ganz Österreich Nachahmung gefunden. Es ist daher auch zu hoffen, daß die von der Gemeinde Wien ins Leben gerufene Kreditaktion in ganz Österreich Nachahmung findet. Die Sozialisten haben es nicht notwendig Zuckerln auszuteilen. Sie haben noch immer gehalten, was sie versprochen haben und erfüllen ihre Pflicht gegenüber allen Bürgern dieser Stadt (Beifall bei der SPÖ). Die Kreditaktion für die Fremdenverkehrsbetriebe wurde ins Leben gerufen, um allen Betrieben die Möglichkeit zu geben, ihre Betriebe auszustatten. Wenn von Seiten der ÖVP davon gesprochen wurde, daß sie die Forderung nach derartigen Krediten schon lange erhoben habe, ist zu sagen, daß es auch ein Wunsch der Sozialisten war. Doch können Forderungen erst dann

verwirklicht werden, wenn das notwendige Kapital vorhanden ist. Durch die zu beschließende soziale Kreditaktion wird auch der kleine Gewerbetreibende und der kleine Beherbergungsbetrieb die Möglichkeit haben, den gewährten Kredit zurückzuzahlen, ohne in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen. Mit dieser Aktion wird der gesamten Wirtschaft geholfen, was für die Sozialisten von großer Bedeutung ist. Ihre Fraktion stimme daher dem Antrag zu.

GR. Jodlbauer erklärt im Schlußwort, daß der Portalkredit und der Kredit für Inneneinrichtungen außerordentlichen Anklang bei den Gewerbetreibenden gefunden hat. Derzeit liegen insgesamt 902 Anträge vor. 77 davon sind von Agrarbetrieben, 580 Anträge beziehen sich auf Inneneinrichtungen und 245 auf Portalbauten mit einer Kreditsumme von 48,398.000 Schilling. Bewilligte Kredite gab es bis 21. März für 51 Agrarbetriebe und für 582 Gewerbebetriebe. Die Abwicklung dieser Kreditansuchen ist verhältnismäßig schnell. Sie dauert nur drei bis vier Wochen. Wenn GR. Dr. Fiedler meinte, daß der Kreditbetrag für die Beherbergungsbetriebe zu gering wäre, ist zu sagen, daß bei einem großen Hotel mit 120.000 Schilling (100.000 Kredit und 20.000 Schilling Eigenkapital) nicht viel anzufangen sein wird. GR. Dr. Fiedler sei aber in einen alten Fehler der Volkspartei verfallen, die immer nur die Großen, nie aber die Kleinen sieht. Es müsse jedoch auch für die kleinen Betriebe, die nur über vier oder fünf Fremdenzimmer verfügen, etwas getan werden. Den Rückgang der Zahl der Kaffeehäuser werde man durch eine Kreditaktion nicht aufhalten können. Doch werden sich die Kaffeehäuser durch solche Investitionskredite auf moderne Verhältnisse umstellen können. Wenn die Kreditaktion als nicht umfangreich genug bezeichnet wurde, könne man nur erwidern, daß schließlich einmal ein Anfang gemacht werden muß. Man wird sehen, wie sich die Dinge entwickeln und aus dieser Entwicklung heraus die notwendigen Beschlüsse fassen. Zurückweisen müsse man die Ansicht, die Zentralsparkasse benütze die Kreditaktion, um anderen Geldinstituten Konkurrenz zu machen. Die Zentralsparkasse hat einen Einlagenstand von 5 Milliarden Schilling und deshalb derartige Dinge nicht notwendig. Sie sei lediglich bemüht, den Betrieben und damit der Wirtschaft zu helfen.

GR. Jodlbauer stellt abschließend fest, daß die heute vorliegenden Anträge der Wiener Wirtschaft dienen und diese mit den Maßnahmen zufrieden sein wird.

Bei der Abstimmung wurden beide Anträge einstimmig angenommen.

Hierauf referiert GR. Stefanie Peschl (SPÖ) über die Adaptierung von wärmetechnischen Einrichtungen im Altersheim Lainz mit einem Gesamtkostenerfordernis von 2,35 Millionen Schilling.

GR. Maller (KLS) stimmt namens seiner Fraktion zu. Er benützt aber die Gelegenheit, die Forderung auszusprechen, neue Altersheime auf Bezirksbasis zu schaffen, weil so die alten Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und dadurch außerdem Wohnungen für die wohnungssuchende Bevölkerung frei werden.

Nach einem Schlußwort der Berichterstatterin Peschl, in dem sie darauf verweist, daß diese Anregung für die Gemeinde keine Neuigkeit darstellt und sie sich schon lange bemühe, auch auf diesem Gebiet neue Wege zu gehen, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Über den nächsten Verhandlungsgegenstand, die Genehmigung der Trassenführung der Brücke zwischen Döblinger Gürtel und Adalbert Stifter-Straße - die Weiterführung des Gürtels über den Franz Josefs-Bahnhof -, berichtet Stadtrat Heller (SPÖ). Wie bei anderen Brückenbauten soll auch in diesem Fall ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) begrüßt das Projekt und nimmt die Behandlung der Vorlage zum Anlaß, die Verkehrsmöglichkeiten im Nordwestteil Wiens und auch beim geplanten neuen Allgemeinen Krankenhaus zu besprechen. Er spricht den Wunsch aus, nähere Unterlagen über den bereits vorliegenden Teil des Generalverkehrsplanes, über die Möglichkeit einer Einbeziehung der Nordwestbahnbrücke und über das Verkehrsschema im Gebiet des Allgemeinen Krankenhauses zu erhalten. Das große Gebiet des Nordbahnhofes stelle eine riesige Insel in den Verkehrsströmen dar. Auch hier wäre zu prüfen, wie weit die derzeitige Verwendung dieses Gebietes bleiben wird. Kohlenplätze derartigen Ausmaßes so nahe dem Zentrum der Stadt sind heute wohl nicht mehr zeitgemäß.

Die wichtigste Frage ist aber die nach der sogenannten Verkehrsspinne. Die wesentlichste Grundlage für das Verkehrsschema ist die Verkehrszählung.

Verkehrszählungen nach den verschiedensten Methoden werden noch immer billiger kommen als die kleinste Fehlplanung. Wir begrüßen das Projekt der Überbrückung des Franz Josefs-Bahnhofes, bitten aber dringend um alle nötigen Unterlagen (Beifall bei der ÖVP).

In seinem Schlußwort verweist Stadtrat Heller darauf, daß die Verkehrszählungen bereits vorliegen und derzeit ausgewertet werden. Das Gebiet in der Brigittenau befindet sich derzeit in einem städtebaulich desolaten Zustand, und es besteht die Absicht, in absehbarer Zeit einen städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben, bei dem dann selbstverständlich auch die Verkehrsführung eine bedeutende Rolle spielen wird. Im Zusammenhang mit dem Wettbewerb für das Allgemeine Krankenhaus, der sehr bald ausgeschrieben werden soll, sollen auch die Verkehrsfragen in diesem Gebiet behandelt werden.

In Erwiderung auf Ausführungen von Stadtrat Schwaiger, daß die Empfehlungen der Straßenverkehrsenquête 1955 in den Akten-schränken des Rathauses verstauben, erklärt Stadtrat Heller, daß von den 109 Empfehlungen der Verkehrsenquête bereits 57 behandelt und zum Teil durchgeführt wurden.

Bei der Abstimmung beschließt der Gemeinderat einstimmig die Annahme des Antrages.

Über die Modernisierung der Wiener Urania referiert Stadtrat Heller (SPÖ). Die Urania, so führt er aus, befindet sich in einem Zustand, der einer gründlichen Instandsetzung bedarf. Acht Millionen Schilling sind für diese Arbeiten vorgesehen, davon als erste Baurate vier Millionen Schilling. Mit diesem Geld soll die Zentralheizungsanlage erneuert und zuerst der Mittlere Saal, anschließend der Große Saal und die Kassenhalle modernisiert werden. Wenn dann noch genug Geld vorhanden ist, soll die Urania einen Zubau mit Bücherei und Klubräumen erhalten. (Die "Rathaus-Korrespondenz" hat bereits gestern über dieses Projekt ausführlich berichtet.)

GR. Planek (SPÖ) benützte die Gelegenheit, um über die Bedeutung der Wiener Volksbildung zu sprechen. 1945/46 gab es 16.895 Hörer und 1958/59 waren es 65.489 Hörer.

Noch deutlicher wird der Aufschwung der Volksbildung bei den Einzelveranstaltungen, die 371.403 Besucher im Jahre 1945/46 verzeichneten und im Jahre 1958/59 1,300.621. Nach 1945 ist es auch gelungen, die gesamte Wiener Volksbildungsarbeit zu vereinheitlichen. Heute gehören dem Verband der Wiener Volksbildung 17 Volkshochschulen an.

Stadtrat Heller verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Debatte über Europa-Gespräch 1960

Hierauf verliest der Schriftführer die dringliche Anfrage der ÖVP "betreffend die Einladung Ilja Ehrenburg zum "Europa-Gespräch 1960". In der Anfrage heißt es, daß die Einladung für die Rathausverwaltung als Schande bezeichnet werden muß, das Europa-Gespräch diskreditiert und dem Ruf der Stadt Wien in der freien Welt sehr geschadet wird.

Zur Begründung der Dringlichkeit erhielt GR. Nora Hiltl (ÖVP) das Wort. Sie wies darauf hin, daß die Einladung Ehrenburgs in der Öffentlichkeit Erstaunen und Empörung ausgelöst haben und stellt fest, daß im Kuratorium der Wiener Festwochen diese Einladung nicht besprochen wurde.

Als die Rednerin aus dem Buch Ehrenburgs "Krieg" zitieren will, unterbricht sie der Vorsitzende Bürgermeister Jonas mit dem Hinweis, daß er ihr das Wort zur Begründung der Dringlichkeit erteilt habe, nicht aber um hier schon über die Anfrage zu sprechen. GR. Nora Hiltl weist darauf hin, daß sie eben durch die Zitate die Dringlichkeit unterstreichen will, weil es sich hier um einen Schriftsteller handelt, der dem Prinzip Wiens, Zentrum der Humanität zu sein, ins Gesicht schlägt. (Beifall bei der ÖVP.) Sie wolle damit auch sagen, daß es sich nicht um Greuelpropaganda der Nazi handelt, sie wolle mit den Zitaten beweisen, daß Ehrenburg hier eine Aufforderung zum Töten an die Soldaten der russischen Armee richtete. Die Rednerin zitiert dann aus dem Buch, in dem es unter anderem heißt: "Tötet den Deutschen ... Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und nicht die Ungeborenen." Ein Schriftsteller, der solche Worte geschrieben hat, gehöre nicht in den Rahmen der Europa-Gespräche der Kulturstadt Wien.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Besprechung der Anfrage einstimmig angenommen.

Als erster Redner ergreift wieder GR. Nora Hiltl (ÖVP) das Wort. Sie zitiert wieder aus dem Buch von Ilja Ehrenburg und meint: Europa-Gespräche sind notwendig mit Menschen aus allen Völkern, von allen Nationen, die sich ebenso wie die Wiener dazu bekennen, daß nicht der Haß in der Welt regiert, sondern der Friede und das gegenseitige Verstehen. Wir müssen endlich einmal mit diesem Haß Schluß machen, der aus dem Werk Ilja Ehrenburgs spricht, denn sonst wird der Friede in Europa nicht verwirklicht werden. Die Volkspartei stehe auf dem Standpunkt, daß Vizebürgermeister Mandl gar nicht erst an Ehrenburg hätte schreiben sollen. Wir halten es für eine Schande, daß diese Einladung ergangen ist, und werden niemals zustimmen, daß in Wien jemand wie Ehrenburg an den Europa-Gesprächen teilnimmt. (Beifall bei ÖVP.)

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß die Stellungnahme gegen Ilja Ehrenburg ein bezeichnendes Licht auf die Entwicklung der innerpolitischen Situation in Österreich werfe. Für unsere Stadt müßte es eine Ehre sein, den sowjetischen Schriftsteller Ehrenburg zu empfangen und an den Europa-Gesprächen in Wien teilnehmen zu lassen. Seine Verdienste im zweiten Weltkrieg als Gegner des Dritten Reiches seien nicht zu leugnen. Die Ilja Ehrenburg unterschobenen Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die Haltung der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei sei innenpolitisch sehr bedenklich. Schon einmal hat die Christlich-soziale Partei durch ihre kurzsichtige und gefährliche Politik den Leuten des Dritten Reiches in die Hände gearbeitet. Es gibt heute Menschen, die die Wiedergeburt unserer Zweiten Republik, unsere Freiheit und Unabhängigkeit überirdischen Mächten zuschreiben und vergessen machen wollen, daß wir unsere Republik, unsere Freiheit und unser Leben jenen verdanken, die Hitlerdeutschland zerschlagen haben. Jeder, der noch einen Funken von Objektivität bewahrt hat, muß wissen, was die sowjetischen Völker erdulden mußten. Man muß sich daher auch in die Gefühle der sowjetischen Menschen hineindenken, die die Greuelthaten der deutschen Soldaten auf sowjetischem Boden erdulden mußten. Man muß verstehen, daß Ehrenburg seine Aufgabe darin gesehen hat, die Faschisten zu schlagen, wo man sie trifft. Es war ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Wer der geschichtlichen Wahrheit gerecht werden will, muß zugeben,

daß der Haß letzten Endes dem Menschen überhaupt erst die Möglichkeit gegeben hat, zu bestehen, sich zu behaupten und zu verteidigen. Ansonsten wäre er untergegangen. Was Ehrenburg getan hat, war nichts anderes, als dem sowjetischen Volk zu helfen, moralisch diesen Krieg zu überdauern, die Widerstandsfähigkeit aufzubringen, die Sowjetunion zu verteidigen und damit auch eine Schlacht für uns zu schlagen, eine Schlacht mit erfolgreichem Ende. Die Stadt Wien wäre daher schlecht beraten, würde sie die Einladung Ilja Ehrenburgs rückgängig machen. Europa-Gespräche zwischen Ost und West müssen als Brücke der Verständigung und Brücke des Friedens auf Wiener Boden stattfinden. Jeder Haß zwischen den Völkern müsse abgebaut werden. Bekennen wir uns zu Ilja Ehrenburg und freuen wir uns, ihn in Wien sprechen zu hören. (Die Ausführungen des GR. Lauscher wurden von stürmischen Pfui-Rufen der Gemeinderäte der ÖVP wiederholt unterbrochen.)

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) stellt fest, daß die der vorliegenden dringlichen Anfrage zugrunde liegenden Tatsachen durch die Ausführungen des Gemeinderates Lauscher bestätigt wurden. Man könne diese Aufrufe Ilja Ehrenburgs nicht so wie Gemeinderat Lauscher mit der Mentalität des Betreffenden entschuldigen. Die Aufrufe Ilja Ehrenburgs aus dem sicheren Hinterland an die Soldaten gerichtet, in denen er sie zu Mord an Frauen und Kindern und zu Vergewaltigungen aufruft, könne man nicht entschuldigen. Sicher, es war damals Krieg; aber wir müssen feststellen, daß alles das, was im Krieg geschehen ist und was nicht zu vertreten war, nach der Meinung der österreichischen Gesetzgebung und der Meinung der internationalen Gesetzgebung eine Sühne finden mußte. Es ist dies vor allem dort nicht geschehen, wo es sich um Angehörige der Sowjetunion gehandelt hat. Diese sind bei Dingen straffrei ausgegangen, für die Angehörige anderer Völker verurteilt wurden. Das alles ist aber vorbei und es hat keinen Wert, die Vergangenheit unnützerweise zu behandeln. Das Europa-Gespräch sei aber dazu da, darüber zu verhandeln, wie unser Europa künftig sein soll. Ein Europa, wie wir es uns vorstellen, könne aber nicht im Geiste der Aufrufe Ilja Ehrenburgs gebaut werden. Es muß auf Grundsätzen aufgebaut werden, die seit Jahrzehnten die europäische Moralauffassung sind. Dazu gehöre keinesfalls der Mord an den

Zivilisten, an Frauen und Kindern und Vergewaltigungen. Leute, die solche Aufrufe machten, haben bei einem Europa-Gespräch nichts zu suchen. Die Zahl der vielleicht auf Grund der Aufrufe Ilja Ehrenburgs vergewaltigten Frauen war auch bei uns in Wien ungeheuer groß. Das ist eine Tatsache, die von Rußland zugegeben wurde und die daher von Gemeinderat Lauscher nicht beschönigt werden muß. Jenen Mann, der aber zu allen diesen Untaten aufgerufen hat, dürfen wir nicht zu uns einladen. Wir können das den Mitbürgern unserer Stadt gegenüber nicht verantworten, die als Folge dieser Aufrufe so viel erdulden mußten. Es wäre für Wien keine Ehre Ilja Ehrenburg begrüßen zu können. Er kann dem Europa-Gespräch auch in keiner Weise dienlich sein. Die Stadt Wien müsse diese Einladung daher rückgängig machen.

GR. Maller (KLS) bezeichnet zunächst die FPÖ als die fünfte Kolonne des westdeutschen Imperialismus, sodaß es auch kein Wunder sei, daß sie, wenn sich irgendwo eine Stimme gegen eine anbahnende Entspannung erhebe, mitkläfft und versucht, die Entspannung zu stören.

Der Redner schildert die Besetzung Österreichs im Jahre 1938 und die Zeit der Bombenangriffe auf Wien und erklärt: Heute versucht man, die Schuld der Roten Armee einem sowjetischen Schriftsteller, Ilja Ehrenburg, in die Schuhe zu schieben. In Wirklichkeit ist es aber so, daß in einem Krieg getötet wird, und deshalb hassen wir den Krieg.

Interessant ist auch der Zeitpunkt, der für diese Haßtiraden gewählt wird: die Zeit, in der die ganze Welt aufatmet, daß sich eine Entspannung zwischen den Großmächten anbahnt. Gerade in dieser Zeit läßt die ÖVP ihre Haßtiraden los, anstatt zu begrüßen, daß dieses Europa-Gespräch jetzt wirklich ein Europa-Gespräch wird, indem man dazu übergeht, den geographischen Begriff Europa wieder hervorzuheben. Es geht doch nicht, daß die Völker immer in Angst vor dem Krieg leben. Die Ausführungen der Gemeinderätin Hiltl möge man aber auch nicht überschätzen, sie seien eine schwache Regung der kalten Krieger in der Volkspartei. Hoffen wir, daß durch das Europa-Gespräch dem Kalten Krieg endgültig ein Ende bereitet wird und Österreich und mit ihm die ganze Welt einer friedlichen Zukunft entgegengeht.

GR. Weinberger (ÖVP) erklärt, daß weiteste Kreise dieser Stadt und darüber hinaus ganz Österreich ohne Unterschied der Partei diese Einladung einfach nicht verstehen konnten. Mag sein, daß die Einladung aus einem bestimmten Gefühl ergangen ist, möglichst alle Welt in Wien zu versammeln. Es gibt aber weitaus bessere und würdige Repräsentanten auch des russischen Volkes, etwa Schostakowitsch oder Boris Pasternak. Es ist allerdings zu fürchten, daß dieser die Ausreise nicht erhalten würde. Es sei wirklich nicht zu verstehen, warum man ausgerechnet einen Mann eingeladen hat, dessen Haßgesänge nur zu bekannt sind. Vor zwei Tagen waren es fünfzehn Jahre, seit ich zusammen mit vielen meiner Freunde im letzten Moment einem schrecklichen Tod entging. Wir waren schwer geschlagen, mit Wunden bedeckt, aber wir haben nicht gehaßt. Im Gegenteil! Wir haben uns von der ersten Stunde an dafür eingesetzt, daß alle Gutgesinnten zusammenfinden und zusammenarbeiten.

Es ist auch verwunderlich, daß GR. Lauscher und andere es für notwendig halten, etwas zu verteidigen, das man nicht verteidigen kann, wenn man sich nicht mitschuldig machen will an dem, was geschehen ist. Es wäre viel vernünftiger gewesen, zu sagen, der hat etwas Furchtbares getan, es ist gescheitert, er bleibt daheim. Statt dessen schreien sie Bravo, wenn diese schreckliche Stelle aus diesem Buch verlesen wird. Leider ist dieser Aufruf tatsächlich erschienen, und es sitzt auf unserer Seite ein Zeuge dafür, daß dieser Haßaufruf, der zum Mord an noch nicht geborenen Kindern aufgefordert hat, in der "Prawda" stand.

Es ist unbestreitbar, daß hier eine große Unvorsichtigkeit begangen wurde. Es wäre gut, würde man diesen Mann raschest wieder ausladen und einen anderen Vertreter des russischen Volkes bitten, hier in dieser menschlichen Stadt über das Problem der Vermenschlichung Europas und der Welt zu diskutieren. Es gibt auch in diesem Volke Männer und Frauen, die wir gerne hier sehen, mit denen wir gerne diskutieren. Hier scheiden sich eben die Geister: Sie sind gegen eine Diktatur, Sie sind gegen eine Unmenschlichkeit und Sie verteidigen die andere. Wir sind der Meinung, daß Ilja Ehrenburg in diese Stadt nicht hereinpaßt. Hier ist Platz für sehr verschiedene Geister, aber kein Boden für Kriegshetzer, für Mordhetzer oder gar für Menschen, die zum Mord an ungeborenen Kindern aufgerufen haben, daher auch kein Platz für Ilja Ehrenburg.

Kollege Mandl: Laden Sie andere Leute aus Rußland ein, aber laden Sie Herrn Ehrenburg raschest wieder aus! (Beifall bei der ÖVP)

Vizebürgermeister Mandl beantwortet hierauf die Anfrage und erklärt, daß für 1960 die Einladungen genauso ergangen sind wie jedes Jahr und daß die Gespräche ohne jede politisch einseitige Färbung abgeführt worden sind. Weil das Europagespräch 1960 ein Thema zum Inhalt hat, zu dem man Vertreter aus allen Ländern, also auch jenseits des Eisernen Vorhanges einladen muß, wurden auch solche eingeladen, darunter ein Vertreter aus Jugoslawien, einer aus Polen und vier aus der Sowjetunion. Bisher sind 21 Zusagen aus elf Ländern erfolgt. Bei den eingeladenen Vertretern der Sowjetunion handelt es sich um Schostakowitsch, um Oistrach, den Älteren und den Jüngeren, und um Ilja Ehrenburg. Wir haben also diese Einladungen ergehen lassen und auch der Presse mitgeteilt, daß Ehrenburg zugesagt hat. Ich habe nun die Reaktion der Presse sofort zu spüren bekommen. Eine Zeitung hat geschrieben, Ehrenburg habe einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Brecht den Rassenhochmut der germanischen Frauen". In dieser ersten Mitteilung heißt es, daß man bereit ist, mir diesen Aufruf in einigen Exemplaren zur Verfügung zu stellen. Ich habe, als ich von der Nachricht erfuhr, sofort in aller Öffentlichkeit erklärt: "Ich habe das nicht gewußt!" Ich habe die Zeitung gebeten, mir ein Exemplar dieses Aufrufs zu verschaffen. Heute hören wir freilich von dieser Anschuldigung schon nichts mehr. Ich bin aber nicht der Verteidiger des Herrn Ehrenburg. Doch ich muß sagen, daß man wohl zuerst einmal die Antwort abwarten muß, die zurückkommt, dann werde ich neuerlich Stellung nehmen.

Vizebürgermeister Mandl weist auch darauf hin, daß in der großen Auseinandersetzung des zweiten Weltkrieges Dinge geäußert worden sind - und zwar auf beiden Seiten -, die man heute nicht billigen könne. Es wäre höchste Zeit, wenn solche Äußerungen nie mehr notwendig wären. Man darf jedoch aus einer falschen Perspektive heraus nicht verzerren. Krieg ist Krieg, und im Krieg fallen Worte, die man nicht immer auf die Goldwaage legen darf, wobei ich, so betonte der Vizebürgermeister, selbstverständlich nicht billige, was Ilja Ehrenburg gesagt hat, ebenso wie Äußerungen von der anderen Seite.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung um 15.35 Uhr.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

8. April (RK) Wie bereits mitgeteilt, findet am Diens-
tag, dem 12. April, um 10 Uhr, im Kindergarten der Stadt Wien
im Stadtpark im Beisein von Stadtrat Maria Jacobi das tradi-
tionelle Ostereiersuchen statt. Sie sind herzlich eingeladen,
daran teilzunehmen.

- - -

Dank und Anerkennung des Wiener Gemeinderates für Dr. Lande

=====

8. April (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute dem Ober-
stadtphysikus Dr. Lande anlässlich seiner Versetzung in den
Ruhestand für seine Verdienste, die er sich als Leiter des Ge-
sundheitsamtes der Stadt Wien in den Nachkriegsjahren erworben
hat, den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

- - -